



**Erststimme**

**Seiten 2-3**

**Zweitstimme**

**Seiten 4-5**

**Kommunales**

**Seiten 6-7**

Stefan Liebich

## Schlagzeilen

Tagesspiegel, 6.8.2002:

„Einer, der seine Anliegen klar, aber mit gewinnendem Lächeln vorträgt.“

Kosmos der marxistischen Theorie gefangenen Parteigenossen zum Streiten auch noch zu tragen?“

Tagesspiegel, 24.2.2003:

„Die Nachwuchshoffnung der PDS ist ihr Chef. Wer sonst hätte sich getraut, die im ideologischen

Interview Berliner Morgenpost, 29.8.2004:

„Ich glaube, man muss den Berlinern klar sagen, dass die Zeit, als Väterchen Diepgen mit Spendier-

hosen durch die Stadt gelaufen ist und Geschenke gerade im Vorfeld von Wahlen verteilt hat, vorbei ist und vorbei sein muss.“

Interview taz, 5.12.2001:

„Wowereit will sparen, bis es quietscht... Stefan Liebich: Quietschen bringt kein Geld.“

Interview Welt am Sonntag, 23.3.2003:

„Die Entscheidung, die Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe zu senken, ist falsch. Sie schürt die Illusion, dass Leute auf der faulen Haut liegen, die wenn sie sich bemühen - auch einen Job finden würden. So ist der Arbeitsmarkt derzeit nicht.“

Interview Tagesspiegel, 21.1.2003:

„Wir müssen uns entscheiden, ob wir bereit sind, an eigenen Vorschlägen zu arbeiten oder ob wir uns darauf beschränken, gegen alles zu sein. Als Fundamentalopposition hätte die PDS auf Dauer keine Chance.“

Tagesspiegel, 24.2.2003:

„Locker, lässig, Liebich“



## Chronologie

1972:

geboren in Wismar; verlebt seine Kindheit in Greifswald und Rostock

1982:

Umzug der Familie nach Berlin Marzahn

1991–1995:

Studium der Betriebswirtschaft an der Technischen Fachhochschule Berlin

Dezember 1990:

Eintritt in die PDS

1995:

Liebich gewinnt bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus ein Direktmandat in Marzahn, im Parlament beschäftigt er sich mit der Finanz- und der Jugendpolitik

1996–2000:

Bezirksvorsitzender der PDS Marzahn

1999:

bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus verteidigt Liebich sein Direktmandat, seit 1999 ist der Haushaltsexperte wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion

Dezember 2001:

Wahl zum Landesvorsitzenden der PDS Berlin; wird 2003 in diesem Amt bestätigt

Dezember 2001:

Teilnahme an den Koalitionsverhandlungen mit der SPD, „und zwar auf gleicher Augenhöhe“

August 2002:

Wahl zum Vorsitzenden der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus 2003:

Tarif-Einigung im Öffentlichen Dienst nach langen Verhandlungen mit den Gewerkschaften und dem Koalitionspartner: „Ein Erfolg rot-roter Politik im Interesse aller Berliner“

August 2004:

Liebich nimmt, trotz der Kritik der SPD, an den Berliner Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV teil

2005:

Stefan Liebich setzt sich für die Einführung des Werteunterrichts an Berliner Schulen ein

extraDrei sprach Stefan Liebich, Direktkandidat in Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee

## Veränderung braucht mehr als Worte

*Warum bist Du 1990 an Deinem 18. Geburtstag in die PDS eingetreten? Das erinnert an den typischen Entwicklungsweg eines jungen Sozialisten in der DDR.*

Das war ich ja auch. Wahrscheinlich ein „Hundertfünfzigprozentiger“. Vieles, was tatsächlich kritikwürdig war, habe ich erst später erkannt. Damals konnte ich mit allen Parteien, die aus meiner Sicht die DDR nur verteufelten, nichts anfangen. Die PDS war Anfang der neunziger Jahre die einzige Partei, in der ich mich für eine gerechtere Welt engagieren konnte.

*Seit 1995 im Abgeordnetenhaus, seit vier Jahren Landesvorsitzender der PDS, drei Jahre Fraktionsvorsitzender einer Regierungspartei – eine steile Karriere. Verliert man da nicht die Bodenhaftung?*

Die Gefahr bestünde, wenn wir nicht eine Parteibasis hätten, die einen immer wieder auf den Boden der Realität zurückholt. Aber auch Freunde und Familie sind wichtig. Sorgen, die sich mit Arbeitslosigkeit und Hartz IV verbinden, kenne ich nicht nur aus der Zeitung. Schließlich wohne ich auch nicht abgeschirmt in einer Villa im Grunewald, sondern in einem Mietshaus mitten in Berlin.

*Welche politischen Leistungen der Berliner PDS hältst Du für besonders wichtig?*

Ein besonderer Verdienst der PDS ist, dass wir bei allen Entscheidungen die soziale Frage berücksichtigt haben. So wurden, um das Kitaangebot der Stadt zu sichern, zwar die Kitagebühren erhöht. Allerdings änderte sich für mehr als der Hälfte der Familien nichts. Wir haben gegen die Vorstellungen der SPD die unteren Einkommensgruppen davon ausgenommen. Wir haben erreicht, dass es anders als in anderen Städten und für mehr Menschen als vorher ein Sozialticket gibt. Wir haben ein Drei-Euro-Kultur-Ticket für sozial Schwache eingeführt. Die Hartz-Gesetze werden dank der PDS so umgesetzt, dass es nicht zu

Massenumzügen kommt. Anders als die rot-grüne Bundesregierung haben wir Bürgerrechte nicht eingeschränkt. Wir haben Schleier- und Rasterfahndung trotz Terrordebatten eingeschränkt bzw. abgeschafft, bezirkliche Volksentscheide eingeführt und das Wahlalter auf 16 Jahre abgesenkt.

*Linke Politik in Berlin steht ständig im Spannungsfeld von gesellschaftlicher Opposition und Regierungsverantwortung. Wie gehst Du damit um?*

Konstruktiv. Wir sind die gesellschaftliche Opposition zur Politik von Rot-Grün und Schwarz-Gelb im Bund und haben daher den Hartz-Gesetzen, der Steuerreform, Rentenkürzungen und dem Zuwanderungsbegrenzungsgesetz im Bundesrat und Bundestag unsere Zustimmung verweigert. Aber da, wo wir mitentscheiden können, versuchen wir das maximal Mögliche herauszuholen. Klüger. Sozialer.

*Was hat Dich bewogen, direkt für den Bundestag zu kandidieren? Ist Dir die Berliner Landespolitik zu eng geworden?*

Überhaupt nicht. Landesvorsitzender einer Regierungsfraktion in der Hauptstadt zu sein, ist eine der spannendsten Aufgaben, die es gibt und ich bin stolz, sie mit 32 Jahren ausüben zu dürfen. Aber der Kampf um alle Direktmandate im Osten Berlins verlangt den vollen Einsatz der PDS. Und da bin ich bereit, meinen Beitrag zu leisten.

*Warum kandidierst Du im Wahlkreis 77? Was reizt Dich an Pankow, Weißensee und Prenzlauer Berg?*

Hier in diesem Bezirk, in dem ich meine erste Wohnung hatte, kann man die Vielfalt unserer Stadt sehen. Hier leben Menschen mit Ideen, die sich engagieren und das Kreative des Bezirks ausmachen neben jenen, die hier in Ruhe ihren Lebensabend verbringen. Hier sind Singles zu Hause und fühlen Familien sich wohl. Es gibt ein Miteinander von Zugezogenen und denen, die schon seit Jahrzehnten im Kiez



leben. Dörfliches Grün wie in Französisch-Buchholz findet sich neben Möglichkeiten zum Chillout am Weißen See oder zu Politik und Tanz in der Kulturbrauerei.

*Für welche politischen Inhalte und für welchen Politikstil stehst Du?*

Ich habe in meiner inzwischen schon zehn Jahre dauernden Zeit als Abgeordneter auf verschiedenen Politikfeldern gearbeitet. Ich habe mich mit Wirtschafts- und Finanzfragen, Jugendpolitik und Wissenschaft befasst. Als Fraktionsvorsitzender habe ich gelernt, verschiedene Interessen in der Politik zusammenzuführen. Eine Eigenschaft, die in einer Linksfraktion ein wichtiger Beitrag sein könnte.

*Welche Ziele soll sich die Linksfraktion im Bundestag stellen?*

Die Linke im Bundestag sollte klar „Nein“ zu einer Politik sagen, die die Reichen reicher und die Armen ärmer macht. Sie sollte Bürgerrechte stärken und den strukturschwachen Regionen, insbesondere dem Osten Deutschlands eine Stimme geben. Und sie sollte sich nicht zu fein sein, zu allem, was sie kritisiert, eigene, machbare Alternativen zu entwickeln.

Interview: *Andreas Bossmann*

Bundestag

# Wählen, was links ist.

**DIE LINKE. PDS**

## ■ Es geht nur sozial

Die Linkspartei.PDS steht für soziale Gerechtigkeit, weil wir darauf achten, dass sozial Benachteiligte nicht unter die Räder kommen. Arbeitslose, Menschen mit Behinderungen, MigrantInnen, Arme, Alte und Kranke haben genauso ein Recht auf ein Leben in Würde, wie Junge, Gesunde und Menschen in Arbeit. Der Kampf um soziale Balance motiviert mich jeden Tag aufs Neue. Mit Sozialticket und „mobillacab“ Armen und Behinderten Mobilität garantieren, Massenumzüge Langzeitarbeitsloser verhindern und Flüchtlingen ermöglichen, mit Bargeld zu zahlen – das ist für mich sozial gerecht.

*Heidi Knake-Werner*

Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz

## ■ Gegen Niedriglöhne

Warum sollte man die Linkspartei wegen ihrer Vorstellungen zur Arbeitswelt wählen? Ganz einfach: Weil unser Programm nicht nur sozial gerecht, sondern auch wirtschaftlich vernünftig ist. Denn neue Arbeitsplätze werden erst dann entstehen, wenn die Kaufkraft und damit die Nachfrage in Deutschland wieder wachsen. Deshalb fordern wir die Abkehr von Niedriglohnstrategien und Sozialdumping, stattdessen Entlastung der Nettoeinkommen durch solidarische Finanzierung der Sozialversicherungen. Das ist keine Illusion. Andere Volkswirtschaften wie die in den skandinavischen Ländern sind damit erfolgreich. Dort stiegen die Nettoeinkommen in den vergangenen Jahren deutlich, gleichzeitig boomt die Wirtschaft.

*Harald Wolf*

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen

## ■ Außenpolitik ist Friedenspolitik

Für uns als Linkspartei ist klar: Krieg ist kein Mittel von Politik und Außenpolitik ist gleich Friedens-



politik. Friedliche Konfliktbewältigung und globale Gerechtigkeit gehören zusammen. Keine deutschen Soldaten am Hindukusch, Abschaffung der Wehrpflicht, Bildung einer Agentur für Abrüstung und Konversion.

Die EU soll eine demokratische Gemeinschaft gleichberechtigter Bürgerinnen und Bürger werden – mit sozialen und ökologischen Standards, die allen ein menschenwürdiges Leben garantieren.

*Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann*  
Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments

## ■ Bürger beteiligen

Bereits seit 1995 hat die PDS im Abgeordnetenhaus aktiv für mehr politischen Einfluss der Bürger gekämpft. Seit 2001 ließ es das veränderte politische Klima nun endlich zu, dass sich eine Zweidrittelmehrheit des Parlaments für bezirkliche Bürgerentscheide fand.

Nun können Bürger selbst über die meisten bezirklichen Angelegenheiten entscheiden. Wahlalter 16 im Bezirk und niedrigere Hürden im Land werden eingeführt. Damit dies auch bundesweit möglich wird, muss die Linkspartei.PDS in den Bundestag!

*Klaus Lederer*

Mitglied des Abgeordnetenhauses

## ■ Mehr Geld für Kommunen

Mit unserem Steuerkonzept wollen wir den Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer erhöhen. Das heißt mehr Geld für die Kommunen, vor allem im Osten. Im Jahr 2005 rechnet der Deutsche Städte- und Gemeindebund mit einem Defizit von sieben Milliarden Euro. Im täglichen Leben ist allgegenwärtig: Es gibt einen riesigen Investitionsbedarf für Schulen, Kitas und Altenheime. Die Einnahmen der Kommunen müssen steigen, damit wieder vor Ort investiert werden kann und Arbeitsplätze dort entstehen, wo die Menschen wohnen.

*Gesine Löttsch*

Mitglied des Bundestages

## ■ Länger gemeinsam lernen

Die Union setzt auf konfessionellen, wertevermittelnden Religionsunterricht und Hochbegabtenförderung. Das sind keine Antworten auf die Zukunft. Die Linkspartei.PDS hingegen will längeres gemeinsames Lernen in den Schulen, einen konfessionsfreien Wertunterricht, den kostenfreien Zugang zu ausfinanzierten Bildungseinrichtungen. Statt Kleinstaaterei soll der Bund Rahmenkompetenzen bei der Bildung erhalten.

*Benjamin Hoff*

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Interview mit Petra Pau, Mitglied des Bundestages

## Wir waren keine Aschenputtels

*Petra, war das nicht eine komische Legislaturperiode für Dich? Zu zweit im Bundestag zwischen Anfeindungen, Tisch-Episoden und Belächeltwerden?*

Wir hatten sicherlich auch komische Tage im Bundestag. Aber vor allem hatten wir sehr ernsthafte Auseinandersetzungen um die drei Grundthemen: Was wird aus der sozialen Gerechtigkeit? Wird es eine friedliebende Außenpolitik geben? Und wir mußten erleben, wie mit den Stimmen der anderen Fraktionen die Bürgerrechte weiter abgebaut wurden. Da waren die Auseinandersetzungen um Tische und Stühle nur Nebenepisoden.

*War denn gegen die Übermacht der anderen Fraktionen überhaupt etwas möglich? Wie konntet ihr dennoch PDS-Positionen rüberbringen?*

Gesine und ich wir sind ja nicht als Aschenputtels in diesen Bundestag eingezogen. Wir haben die Positionen der PDS und die unserer Wählerinnen und Wähler in das Parlament eingebracht. Es stand oft zwei zu vier, zwei Frauen gegen vier Fraktionen. In den anderen Frakti-

onen war der Osten mit seinen Problemen völlig runtergefallen. Völlig verwaist war auch der Kampf gegen Rechtsextremismus und die Friedenspolitik.

*Wer war in Eurer Minifraktion die Vorsitzende? Habt Ihr Schwerpunkte setzen können?*

Natürlich haben wir Schwerpunkte gesetzt. Gesine hat sich beispielsweise auf die Gesundheitsreform spezialisiert und ich habe mich mit den Hartz-Gesetzen auseinandergesetzt. Wir haben alles auf Risiken und Nebenwirkungen für den Osten und die strukturschwachen Regionen im Westen abgeklopft. Und wir haben sehr genau hingeschaut wofür die Bundesregierung Geld ausgibt und wo sie darauf verzichtet, welches einzunehmen und welche Folgen das für Berlin hat. Zu zweit kann man sich aber keine Hierarchien leisten. Statt dessen haben wir gleichberechtigt zusammen gearbeitet.

*Was erwartest Du von einer zwei plus viele Fraktion der Linken im neuen Bundestag?*

Ich denke, eine Prophezeiung des Bundestagspräsidenten Thierse



wird sich nicht erfüllen. Er hat nämlich die auslaufende Legislaturperiode mit seiner Freude eröffnet, dass es eine Fraktion weniger im Bundestag gibt. Drei Jahre haben gezeigt, dass eine PDS-Fraktion gefehlt hat. Eine linke Fraktion muss eigene Politikansätze in die Öffentlichkeit bringen und die anderen dazu zwingen, über ihre eigene Politik kritisch nachzudenken. Allein die „Drohung“, dass es zukünftig eine starke Linke geben wird, hat ja in der Sozialdemokratie schon einige Bewegung ausgelöst.

Interview: Andreas Bossmann

## Zukunftsprojekt Linkspartei

Die Schaffung einer gesamtdeutschen Partei der demokratischen linken Kräfte ist überfällig. Die PDS hat mit ihrer Umbenennung und mit der Öffnung ihrer Listen für die kommende Bundestagswahl den Weg dazu freigemacht. Obwohl für ein erfolgreiches Wahlergebnis eminent wichtig, ist es nicht damit getan, bekannte Persönlichkeiten für dieses Projekt zu gewinnen.

Die Linkspartei wird – soll sie nicht ein Etikettenschwindel sein – sich weiter in die Gesellschaft öffnen, den Bürgern unter den prekären Bedingungen von Resignation und Politikmüdigkeit nahe bringen, wofür sie steht, wofür es sich einzutreten lohnt. Das gelingt den anderen im Bundestag vertretenen

Parteien nicht mehr, seit sie sich in eine passive, kaum noch von einander unterscheidbare Bejahung von weltweit ungebremster Ausbeutung, Zerstörung der Natur, Sozialabbau und Aushöhlung der Demokratie geflüchtet haben.

Die Demokratie lebt aber vom Wettbewerb der politischen Konzepte, nicht von einer vorgeblichen Alternativlosigkeit. Die PDS hat sich zu den Eckpunkten Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Emanzipation, Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden bekannt und nachgewiesen, dass eine andere, eine gerechtere und lebenswertere Welt nötig und möglich ist. Es ist im Interesse des Einzelnen wie der Gesellschaft, wenn wir nach neuen

Wegen suchen. Wir müssen darüber ins Gespräch kommen, wie wir leben wollen und wie wir den Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft begegnen wollen.

Aufgaben wie gerechte Ausgestaltung der Globalisierung, existenzsichernde Beschäftigung, Erhaltung und Neuaufbau sozialer Sicherungssysteme oder Freiheit des Zugangs zur Bildung sind zu wichtig, um sie denen zu überlassen, die daran bisher ausnahmslos versagt haben.

Um dem Ruf nach wirklichen Alternativen hörbar Ausdruck zu verleihen, muss die Linkspartei gestärkt in den nächsten Bundestag einziehen!

Matthias Zarbock



Aus dem Bezirk

## Von Szene bis Geldmangel

Vor dreieinhalb Jahren übernahm der rot-rote Senat den Schuldenberg seiner Vorgänger und in Pankow nahm das neu gewählte Bezirksamt seine Arbeit auf. Landespolitik unter dem Primat der Haushaltskonsolidierung war und ist eine denkbar schlechte Voraussetzung für die kommunale Selbstverwaltung. Dennoch verläuft die Entwicklung in den Berliner Bezirken höchst unterschiedlich. Während sich der Sozialindex für die meisten Bezirke in den letzten Jahren verschlechtert hat, folgt er in Pankow einem positiven Trend. Die Einwohnerzahl wird sich in den nächsten Jahren weiter erhöhen, entgegen dem Berliner Trend. Der Babyboom im Prenzlauer Berg erfreut sich großer medialer Aufmerksamkeit.

Die Kastanienallee im Prenzlauer Berg gilt als eine der aufregenden Schaustellen urbarer Jugendkultur in Deutschland. Auch in Alt-Pankow verjüngt sich die Bevölkerung. In Buch entwickelt sich einer der führenden Standorte der Forschung und Herstellung biotechnologi-

scher und medizintechnischer Produkte in Deutschland. Hier investiert der Helios-Konzern in das größte und modernste private Klinikum Berlins.

Seit Jahren übersteigen im Großbezirk die Gewerbeanmeldungen die Zahl der Abmeldungen und der Bezirk Pankow nimmt selbst in der Schreckensbilanz der Berliner Arbeitsmarktstatistik einen der besseren Plätze ein. Unser Bezirk hat sich zu einem der beliebtesten Wohn- und Lebensorte in Berlin gemauert. Pankow hat zu recht das Image eines jungen und dynamischen Bezirks.

Welchen Anteil an dieser Entwicklung hat die Landes- und Bezirkspolitik der PDS?

Wir haben die Stadtentwicklung im Bezirk immer als komplexen Zusammenhang von sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung verstanden. Die Erprobung und Umsetzung von direkter Bürgerbeteiligung ist ein Markenzeichen unserer Kommunalpolitik. Das rechtzeitige Erkennen von Pro-

blemen und die Unterstützung neuer Arbeitsansätze gehört ebenso dazu wie das Erschließen neuer Finanzierungsquellen.

Unsere Verwaltung versteht sich als „Ermöglicher“ nicht als „Verhinderer“. Beim Abbau von Bürokratie sind wir in Pankow ein gutes Stück vorangekommen. Selbst Unternehmer loben inzwischen ihre guten Erfahrungen mit dem Bezirksamt.

In ihrer Haushaltspolitik hat sich die PDS vor allem auf die Verringerung der Verwaltungsausgaben konzentriert und die bürgernahen Leistungsbereiche dabei geschont. Schließlich wurden seit 2002 aus dem Haushalt des Bezirks Pankow über 20 Millionen Euro zugunsten schwächerer Bezirke abgegeben.

Auch bei der Erarbeitung des Doppelhaushaltes 2006/2007 setzt die PDS politische Schwerpunkte im Sozial- und Jugendbereich, gerade weil uns hier Mehrausgaben aus den Vorjahren belasten.

*Burkhard Kleinert*  
Bezirksbürgermeister



## Im Dienst der Bürger



Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Eingaben, Geschäftsordnung und Bürgerdienste der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) kümmert sich um Beschwerden, Bitten und Anfragen von Bürgern. Dabei geht es bei den Eingaben der Bürger im Wesentlichen um kritikwürdiges Verwaltungshandeln und Probleme aus dem Umwelt- und Verkehrsbereich. In letzter Zeit stiegen auch die Eingaben zu den Auswirkungen der Hartz IV-Gesetze.

Bei der Abarbeitung von Bürgeranliegen setzten sich die Mitglieder des Ausschusses dafür ein, dass die aufgeworfenen Probleme möglichst schnell gelöst werden. Aus den Gesprächen mit den Bürgern erfahren wir leider immer wieder, dass Verwaltungsmitarbeiter ihre Arbeit nicht immer als Dienstleistung ge-

genüber den Bürgern begreifen. Aber unsere Arbeit im Ausschuss und in der Fraktion der PDS bewirkt zunehmend eine transparente Arbeit der Verwaltung und eine Verwaltungstätigkeit, die gegenüber Bürgern zunehmend vom unverständlichen Amtsdeutsch befreit wird. Manchmal wünschen wir uns jedoch auch, dass die Antworten uns etwas schneller erreichen. Denn hier vergeht die meiste Bearbeitungszeit. Trotzdem: Wir bleiben dran. Man kann sich auf uns verlassen.

Auch wenn die Analyse unserer Ausschussarbeit zeigt, dass wir mitnichten alle Eingaben im Sinne der Einreicher positiv beantworten konnten, da entweder ein Fehlverhalten der Verwaltung nicht vorlag oder das Abgeordnetenhaus bzw.

der Bundestag zuständig ist, bleibt doch festzuhalten:

Der bisherige Einsatz für die Bürgerbelange hat sich gelohnt. Aus Sicht der Einwohner arbeiten die Mitarbeiter der Bezirksverwaltung arbeiten immer zufriedener. Die Anzahl der an den Ausschuss der BVV gerichteten Eingaben hat sich in den vergangenen zwei Jahren verringert und Probleme konnten durch Gespräche und Beratungen der Ausschussmitglieder mit den Petenten im Vorfeld gelöst werden.

Dies war und ist nur mit der erforderlichen Kompetenz und mit viel Zeitaufwand von uns Freizeitparlamentariern zu leisten.

*Axel Bielefeldt*  
Vorsitzender des Ausschusses für Bürgerbeteiligung

In einer Hand

## Kulturwirtschaft

Kultur wird vor allem von den Finanzverantwortlichen in Berlin bis heute fast ausschließlich als Kostenfaktor betrachtet. Das ist nicht nur eine realitätsferne Auffassung zur Bedeutung von Kultur, vor allem ist sie wirtschaftlich gesehen ein großer Fehler. Die PDS-Senatoren Harald Wolf und Thomas Flierl haben Ende Mai den ersten Berliner Kulturwirtschaftsbericht der Öffentlichkeit vorgestellt. Über 18.000 zumeist kleine und mittelständische Unternehmen in dieser Branche erwirtschafteten 2002 einen Umsatz von über acht Milliarden Euro und erreichen damit einen Anteil von rund elf Prozent am Bruttoinlandsprodukt der Berliner Wirtschaft. Die Kulturwirtschaft, wozu u.a. Museumshops, Galerien, Filmstudios, Buchverlage, Modedesigner, Musikfachgeschäfte usw. gehören, erreicht damit etwa das Niveau des verarbeitenden Gewerbes.

Im Bezirk Pankow haben wir das Thema seit den Wahlen 2001 inten-

siv behandelt, nicht nur mit einem Wirtschaftstag des Bezirksamtes, auch mit der aktiven Förderung von touristischer Infrastruktur. Ein aufmerksamer Spaziergang durch den Bezirk zeigt, dass sich immer mehr Kreative auch wirtschaftlich selbstständig machen. Rund um den Helmholtzplatz haben sich den vergangenen zwei Jahren 18 junge Leute in leeren Läden angesiedelt, durchweg sind sie der Branche Kulturwirtschaft zuzurechnen. Das gleiche gilt für die Kastanienallee und Oderberger Straße. Dort waren im Mai 2004 insgesamt 399 Firmen ansässig, 1999 waren es 128.

Gegenwärtig wird eine Studie über „Die Bedeutung der Kulturwirtschaft für den Wirtschaftsstandort Pankow“ erarbeitet. Die Ergebnisse werden in einem Jahr vorliegen. Modellhaft für ganz Berlin wollen wir im Bezirk untersuchen lassen, welche ökonomischen Potentiale die Kulturwirtschaft hervorbringt und welche wirtschaftspolitischen Handlungsstrategien sich daraus



ergeben. In Pankow ist die Verbindung von Kultur und Wirtschaft in einer Hand bei mir als Stadträtin einmalig.

*Almuth Nehring-Venus*  
Bezirksstadträtin für  
Kultur, Wirtschaft und  
öffentliche Ordnung

## Nazis machen Räuberleiter

Aus Anlass des 60. Jahrestages der Befreiung wurden im Bötzowviertel/Grüne Stadt durch eine Initiative der Friedensglockengesellschaft Berlin e.V. in Zusammenarbeit mit der PDS-Bötzowviertel und dem Bezirksamt circa 50 Ergänzungsschilder an die nach antifaschistischen Widerstandskämpfern benannten Straßenschilder angebracht.

Kurze biographische Daten und der Zeitpunkt der Ermordung durch die Faschisten waren darauf verzeichnet. Fast vergessene Namen wie John Scheer, Olga Benario Prestes oder Margarete Walter wurden auf diese Weise wieder in das Bewußtsein der heutigen Anwohner gehoben. Die Aktion signalisierte weiterhin, dass Zivilcourage, Wertorientierung und Freiheitsliebe auch heute notwenig sind, nicht

neu erfunden werden müssen und Vorbilder haben. Der Beweis für diese Notwendigkeit wurde prompt geliefert. Keine drei Wochen nach der Einweihung am 8. Mai waren bereits die Hälfte der angebrachten Schilder zerstört und entfernt worden.

Man braucht dafür zumindest eine Leiter oder zwei Leute, um an die Schilder heranzukommen. Auf jeden Fall handelte es sich um eine gezielte Aktion mit massiver Gewaltanwendung. Offensichtlich ist es einigen besonders „guten Deutschen“ im Kiez ein Dorn im Auge, so direkt an die Verbrechen ihrer Idole erinnert zu werden.

Die Initiative hat Anzeige erstattet, ein Flugblatt wurde dazu verteilt, um Öffentlichkeit zu schaffen. Sie will weiterhin die Schilder erneuern lassen. Ein Schild kostet 22



Euro. Spenden können dabei mit-

*Sören Benn*

Bank für Sozialwirtschaft  
Konto: Friedensglockengesellschaft  
Verwendung: Zeichen setzen  
Nr.: 325 1200  
BLZ: 100 20 500

Erststimme Liebich

## Entdecken Sie den Unterschied.

Sie haben darüber schon mit ihrem Bäcker gesprochen. Auch mit Freunden, im Prater, beim Bier, wenn man an der Kasse wartet, ist es Thema: Wählen gehen. Und dann folgt das dicke Fragezeichen: Aber wen?

Es lohnt, die Unterschiede zu entdecken. Denn dass sich etwas ändert, wollen viele. Doch dass es dabei auch gerecht zugeht, dafür steht Die Linkspartei.PDS. Dafür

stehe ich. Nun meinen manche, die PDS müsse nur mal Mitregieren und schon würden – so wie hier – alle sehen, dass sie gar nicht hält, was sie verspricht. Irrtum, lieber Herr Thierse!

Die PDS hat von Anbeginn gesagt, dass sie Hartz IV falsch findet, weshalb Berlin im Bundesrat auch nicht zustimmte. Doch so, wie Herr Stoiber in Bayern an der Homoehe nicht vorbeikommt, sind wir hier mit der Realität der Hartz-Gesetze konfrontiert. Doch haben wir dafür gesorgt, dass Arbeitslosengeld-II-Empfangende nicht noch massenhaft umziehen müssen. Entscheidend ist, sozial zu handeln, konkret und überall.

Trotz der immensen Haushaltsprobleme, die auf dieser Stadt lasten, wurden die sozial Schwächeren weitgehend von Belastungen ausgenommen. Wir haben Angebote geschaffen, die es vorher nicht

gab, wie das Drei-Euro-Sozialticket, welches Menschen mit geringen Einkommen ermöglicht, ins Theater oder die Oper zu gehen. Dagegen haben wir von denen mehr verlangt, die mehr leisten können.

Das ist ein erheblicher Unterschied zur Politik der Bundesregierung. Dort haben sich auch die Grünen längst von der sozialen Frage verabschiedet. Natürlich ist gut, mehr glückliche Hühner zu haben. Aber es gibt immer mehr Menschen, die es sich nicht leisten können, ihr Fleisch auf dem Ökomarkt zu kaufen.

Es geht um mehr Gerechtigkeit. Deshalb gehört wieder eine linke Fraktion in den Bundestag. Ich bitte Sie am 18. September um ihre Stimme, damit ich als Ihr Abgeordneter im Bundestag den Wahlkreis Pankow Prenzlauer Berg Weißensee vertreten kann.

Ihr *Stefan Liebich*

Zeichnung:  
Wolfgang Wündsch



## WANNWOWASWANNWOWASWANN

24. August

19 Uhr Politisches Gespräch mit allen Kandidaten zur Bundestagswahl, im Frei-Zeit-Haus Weißensee, Pistoriusstraße 23

26. August

18 Uhr Sommerempfang des Direktkandidaten Stefan Liebich für Vereine, Projekte und Träger im Bezirk, u.a. mit Petra Pau, MdB und Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner, im Strandbad Weißensee, Seestraße

27. August

10 Uhr Bundesparteitag der Linkspartei.PDS zur Verabschiedung des Wahlprogramms, im Hotel Estrel (Neukölln)

29. August

13-15 Uhr Podiumsdiskussion mit Stefan Liebich und allen Direktkandidaten zu den Themen: Arbeitsmarkt, Sozialpolitik, Hartz, Ausbildungssituation und Wirtschaftspolitik, in der OSZ Gaststätte, Buschallee 23 a

3. September

20.30 Uhr Kneipengespräch mit Stefan Liebich, im „Meta Mohn“, Am Falkplatz

6. September

19 Uhr Podiumsdiskussion mit allen Direktkandidaten, Havemann-Schule, Achillesstraße 79 (Karrow)

7. September

19 Uhr „Wirtschafts- und Finanzpolitik in der nächsten Legislaturperiode – Wo bleibt Berlin?“ Diskussionsrunde mit Dietmar Staffelt (SPD), Renate Künast (Grüne), Eberhard Diepgen (CDU) und Stefan Liebich (PDS), im Quartier 110, Friedrichstraße 180-184 (Mitte)

8. September

19-21 Uhr „Umwelt abgewählt“ – Podiumsdiskussion mit allen Direktkandidaten, im Ratsaal Rathaus Pankow, Breite Straße

9. September

20.30 Uhr Kneipengespräch mit Stefan Liebich, im „Torpedokäfer“, Dunckerstraße 69

10. September

14-22 Uhr „Fête du Mauerpark“ mit viel guter Musik, Kinderfest und v.a.m., zu Gast sind Wahlkreis kandidat Stefan Liebich, MdB Petra Pau und Jugendstadträtin Christine Keil, im Mauerpark (an der Bernauer Straße, Nähe U-Bhf. Eberswalder Straße)

13. September

20.30 Uhr Kneipengespräch mit Stefan Liebich, im „Walden“, Choriner Straße 35

15. September

18 Uhr Wahlkampfabschluss der Linkspartei.PDS auf dem Schloßplatz (Mitte)

16. September

16-19 Uhr Wahlkampfabschluss der Linkspartei.PDS Berlin Drei, vor dem Rathauscenter Pankow und den Schönhauser Allee Arcaden

Wahlsonntag 18. September

17 Uhr Wahlfete im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

### Impressum

Herausgeber: Die Linke.PDS  
Bezirksvorstand Berlin Drei

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin  
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.pds-berlin-drei.de  
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 12. August 2005  
Druck: double express Auflage: 12.000

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.